GÜNTER RUDOLPH

LANDTAGSABGEORDNETER
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

SCHWALM-EDER
SPD

Wahlperiode
2014-2017

Dokumentation über die Arbeit als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und Landtagsabgeordneter von 2014 bis 2017

GÜNTER RUDOLPH

IN EIGENER SACHE

Liebe Genossinnen und Genossen, der vorliegende Bericht ist ein kleiner Überblick über meine Arbeit als direkt gewählter Landtagsabgeordneter für den nördlichen Teil des Schwalm-Eder-Kreises und über meine Arbeit als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Er dient der Dokumentation und ist zugleich eine Art Rechenschaftsbericht. Der ständige Kontakt zu den Menschen, Vereinen, Betrieben und Einrichtungen in meinem Wahlkreis ist mir besonders wichtig. Aktuelles aus Wiesbaden und dem Wahlkreis könnte Ihr über meinen Newsletter, der regelmäßig erscheint und auf meiner Homepage erfahren.

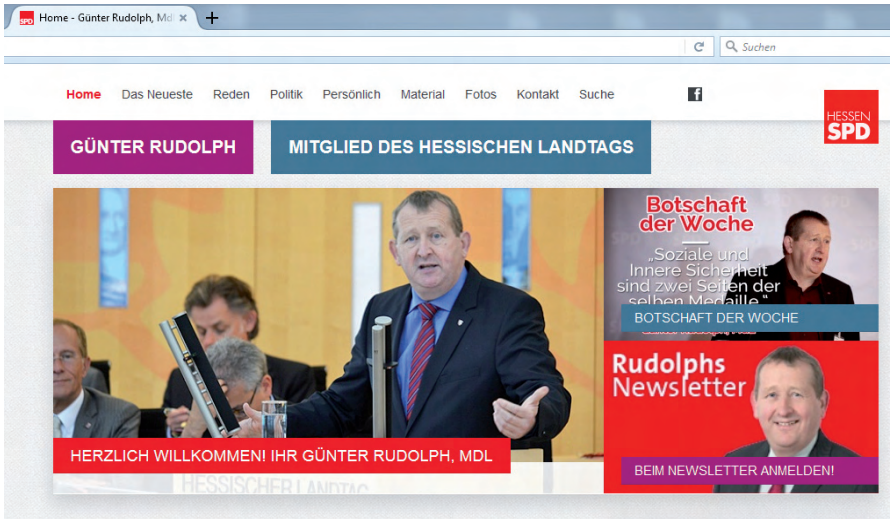
Entscheidend für mich ist, dass sowohl Zukunftsfähigkeit als auch soziale Gerechtigkeit die Kriterien unserer Politik bleiben. Dafür setze ich mich ein.

Euer

Foto: SPD-Landtagsfraktion

HOMEPAGE - AKTUELLES AUF EINEN BLICK

Auf meiner Homepage findet Ihr u.a. meine Redebeiträge in verschiedenen Landtagsdebatten, Infos zur Politik im Wahlkreis und in Wiesbaden, meine Standpunkte und auch einen Transparenzbericht. Hier könnt Ihr Euch auch Materialien herunterladen sowie über die Kontakt-Adresse mit mir in Verbindung treten.



ANSCHRIFTEN

Günter Rudolph
Mitglied des Landtages
Holzhäuser Straße 14
34295 Edermünde

Tel.: 05665 – 6364
Fax: 05665 – 8597

Günter Rudolph
Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Landtagsfraktion Hessen
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden

Mitarbeiterin: Bettina Kaltenborn

Tel.: 0611 – 350 503
Fax: 0611 – 350 525
eMail: SPD-PGF@ltg.hessen.de

Günter Rudolph
Mitglied des Landtages
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden

Mitarbeiter/in: Petra Gladitz
Jonas Tresbach

Tel.: 0611 – 350 658
Fax: 0611 – 350 1663
eMail: g.rudolph@ltg.hessen.de

GÜNTER RUDOLPH

ARBEITSABLÄUFE ALS PARL. GESCHÄFTSFÜHRER UND ABGEORDNETER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION UND IN DER AUSSCHUSSARBEIT

Parlamentarischer Geschäftsführer

Auch in dieser Legislaturperiode bin ich zum Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. Als Geschäftsführer ist es meine Aufgabe, bei der inhaltlichen und auch organisatorischen Vorbereitung der SPD-Politik im Hessischen Landtag zu helfen und letztlich die Arbeit unserer Abgeordneten zu unterstützen. Die Koordination und Vorbereitung der parlamentarischen Abläufe im Landtag erfolgt zur Vorbereitung der Beschlüsse des Präsidiums und des Fraktionsvorstandes.

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Im Gespräch mit Thorsten Schäfer-Gümbel

Für die inhaltliche und organisatorische Verzahnung der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion mit allen SPD-Landtagsfraktionen und den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament gibt es die sogenannte „Bund-Länder-Koordination". Durch diesen Austausch ergeben sich immer wieder hilfreiche Kontakte, sei es mit Vertretern anderer Bundesländern, oder mit Regierungsmitgliedern aus Berlin. Selbstverständlich, dass all diese Tätigkeiten nur bei einer äußerst engen Zusammenarbeit und auch einem guten persönlichen Verhältnis mit Thorsten Schäfer-Gümbel, dem Vorsitzenden der Fraktion, gut erledigt werden können.

Die Arbeit als Landtagsabgeordneter ist sehr vielfältig und abwechslungsreich. Ein fester Rahmen des Tagesablaufs wird durch die Teilnahme an diversen Sitzungen des Landtages gesteckt, denn auch die parlamentarische Arbeitsteilung macht auch vor mir nicht halt. Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses, Mitglied im Ältestenrat, im Innenausschuss, im Wahlausschuss zur Wahl der richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes und Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landesamts für Verfassungsschutz (PKV). Daneben gehörte ich dem Untersuchungsausschuss 19/2 zur NSU-Affäre als stellvertretender Vorsitzender an.

GÜNTER RUDOLPH

ARBEITSABLÄUFE ALS PARL. GESCHÄFTSFÜHRER UND ABGEORDNETER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION UND IN DER AUSSCHUSSARBEIT.

Parlamentarischer Geschäftsführer

Auch in dieser Legislaturperiode bin ich zum Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. Als Geschäftsführer ist es meine Aufgabe, bei der inhaltlichen und auch organisatorischen Vorbereitung der SPD-Politik im Hessischen Landtag zu helfen und letztlich die Arbeit unserer Abgeordneten zu unterstützen. Die Koordination und Vorbereitung der parlamentarischen Abläufe im Landtag erfolgt zur Vorbereitung der Beschlüsse des Präsidiums und des Fraktionsvorstandes.

Für die inhaltliche und organisatorische Verzahnung der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion mit allen SPD-Landtagsfraktionen und den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament gibt es die sogenannte „Bund-Länder-Koordination". Durch diesen Austausch ergeben sich immer wieder hilfreiche Kontakte, sei es mit Vertretern anderen Bundesländern, oder mit Regierungsmitgliedern aus Berlin. Selbstverständlich, dass all diese Tätigkeiten nur bei einer äußerst engen Zusammenarbeit und auch einem guten persönlichen Verhältnis mit Thorsten Schäfer-Gümbel, dem Vorsitzenden der Fraktion, gut erledigt werden können.

Die Arbeit als Landtagsabgeordneter ist sehr vielfältig und abwechslungsreich. Ein fester Rahmen des Tagesablaufs wird durch die Teilnahme an diversen Sitzungen des Landtages gesteckt, denn auch die parlamentarische Arbeitsteilung macht auch vor mir nicht halt. Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses, Mitglied im Ältestenrat, im Innenausschuss, im Wahlausschuss zur Wahl der richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes und Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landesamts für Verfassungsschutz (PKV). Daneben gehörte ich dem Untersuchungsausschuss 19/2 zur NSU-Affäre als stellvertretender Vorsitzender an.

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Im Gespräch mit Thorsten Schäfer-Gümbel

GÜNTER RUDOLPH

LANDESPOLITISCHER BERICHT 2014-2017

Die hessische Landesregierung aus CDU und Grüne hat in ihrer Regierungszeit nur wenige Probleme angepackt, dann nur halbherzig und selten waren die Verbesserungen dann wirklich zum Guten. Kurz es regiert eine schwarzgrüne Stillstands-Koalition.

Wir Sozialdemokraten haben im Landtag dagegen viele Konzepte erarbeitet und das gemacht, was eigentlich Aufgabe der Regierung ist: Ideen und Wege aufzeigen, um das Leben der Hessinnen und Hessen besser zu machen. Wir liefern, was wir versprochen haben. Es gibt mit Sicherheit eine ganze Palette an Themen, die in diesem Bericht abgearbeitet werden könnten. Dennoch will ich mich auf drei Themen beschränken, die in der noch laufenden Legislaturperiode von großer Bedeutung waren, es immer

Foto: Martina Häusl-David

noch sind und den Wahlkampf prägen werden: Bildung, kommunale Finanzen und die Vernachlässigung des ländlichen Raums.

Gute Bildung von Anfang

Vollständige Befreiung der Eltern von den Gebühren, Verbesserung der Betreuungsqualität und Entlastung der Kommunen. Das sind unsere Ziele. Darin unterscheidet sich die SPD und ihre Familienpolitik deutlich von der Landesregierung, die eine Gebührenbefreiung nur simuliert und in Wahrheit die Kosten auf die Kommunen abwälzt. Wer eine kinderfreundliche Zukunft gestalten will, der muss den vielen unterschiedlichen Familienmodellen gerecht werden, die Eltern heute leben. Vor allem aber muss er dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung gerade für junge Familien, die noch am Anfang ihres Berufslebens stehen, nicht zu einem finanziellen Problem wird. Und genau das tun wir mit unserem Gesetzentwurf. Weiterhin wollen wir personelle Zuschläge für Leitungsaufgaben und mittelbare pädagogische Aufgaben einführen sowie für Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung vorsorgen. Dadurch wird die Arbeit in der Kinderbetreuung außerdem attraktiver. Das ist ein wichtiger Punkt in dem Bemühen, für unsere Kleinsten die Besten zu finden.

Foto: Hessischer Landtag, Kanzlei - H. Heibel

Auf die drängendsten Probleme in den Schulen wie Lehrermangel oder die hohe Anzahl von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung hat schwarz-grün auch keine Antworten. Wir wollen eine andere Schulpolitik. Exemplarisch sind dabei der Ausbau echter Ganztagsschulen, die Unterstützung der Kommunen bei der Schulsozialarbeit sowie eine stärkere Lehrerzuweisung nach dem tatsächlichen Bedarf der Schulen. Schwarz-Grün packt nichts richtig an. Der Lehrermangel wird über Jahre eine Belastung bleiben. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen fordern wir die gleiche Einstiegsbezahlung aller Lehrkräfte. Das hessische Schulsystem braucht keine Hauruck-Aktionen und Notfallpakete, sondern Verlässlichkeit und klare vorausschauende Konzepte. Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Ganztagsschulen und Schulsozialarbeit sind nicht von heute auf morgen zu realisieren. Aber es sind klare Ziele, die schrittweise und planvoll umzusetzen sind.

Kommunale Finanzen

Hessens Kommunen tragen große Verantwor-

GÜNTER RUDOLPH

LANDESPOLITISCHER BERICHT 2014-2017

tung. Sie kümmern sich im Rahmen der Daseinsvorsorge um Schulen, Kindertagesstätten, um Kultureinrichtungen, medizinische Versorgung, soziale Leistungen. Dass diese vielfältigen Aufgaben in ihren Händen liegen, ist gut so. Wer weiß sonst besser, was vor Ort gebraucht wird?

Die schwarz-grüne Landesregierung scheint in diesem Zusammenhang jedoch vergessen zu haben, dass für die Erfüllung bestimmter Aufgaben auch eine gewisse finanzielle Ausstattung notwendig ist. Der neue kommunale Finanzausgleich (KFA) hat diese Situation nicht verbessert, dass Geld wurde nur anders verteilt. Zusätzlich spielt sich Schwarz-Grün mit der sogenannten Hessenkasse als großer Retter auf. Tatsächlich werden die neuen Programme des Landes zu einem großen Teil aus kommunalen Mitteln finanziert. Selbst die Kommunen, die keine Kassenkredite haben, bezahlen über die erhöhte Gewerbesteuerumlage mit. Besser wäre es gewesen, den Kommunen beim Abbau der Kassenkredite mit echten Mitteln aus dem Landeshaushalt zu helfen, denn an deren Höhe ist das Land durch seine Kürzungen im KFA mitverantwortlich.

Wir wollen den ländlichen Raum stärken

CDU und Grüne haben in den letzten Jahren die ländlichen Regionen sträflich vernachlässigt haben und den Fokus auf wenige Ballungsräume gelegt. Daher ist ein neuer „Hessenplan“ notwendig, um die gravierenden Probleme, die durch die Politik der Landesregierung entstanden sind, zu verbessern. Oberstes Ziel wird die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen sein. Gleichwertigkeit bedeutet nicht, dass überall gleiche Zustände herrschen, sondern dass die Qualität für Leben, Wohnen und Arbeiten vergleichbar sein muss und nicht solche riesige Unterschiede bleiben, wie sie sich in den letzten Jahren durch eine verfehlte Politik entwickelt haben. Hinzu kommt mit Blick auf die Strukturentwicklung des Landes, dass die demographische Entwicklung zudem eine deutlich älter werdende Gesellschaft erwarten lasse. Die Menschen würden älter, die Lebenserwartung für jeden steige zum Glück. Es bedeute aber auch, dass zukünftig deutlich mehr alten Menschen in der Gesellschaft leben würden, insbesondere dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge dieses Alter erreichten.

Es darf nicht dabei bleiben, dass Menschen in

Foto: Privat

Beim bundesweiten Vorlesetag in der Ernst-Reuter-Schule in Edermünde.

den Ballungsräumen die Miete nicht mehr finanzieren können und gleichzeitig auf dem Land ganze Dörfer verfallen. Dem gilt es gegenzusteuern. Wir benötigen daher eine Landespolitik, die sensibel mit dieser Situation umgeht und Politikansätze für unterschiedliche Ausgangsbedingungen ermöglicht. Die Grundversorgung im ländlichen Raum kann nur durch eine ausreichende Grundmobilität gewährleistet werden. Beides sicherzustellen geht nur, wenn den Kommunen und Kreisen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Landtagsbilanz in Zahlen (Stand 8.1.2018)	
Reden	109
Gesetzentwürfe mit Fraktion	34
Berichtsanträge mit Fraktion	22
Kleine Anfrage	155

GÜNTER RUDOLPH

PRAXISTAGE DER LANDTAGSFRAKTION

Vor ein paar Jahren hat die SPD-Landtagsfraktion Hessen beschlossen, an bestimmten Tagen themenbezogene Praxistage durchzuführen. Die Praxistage geben wichtige Einblicke in den Arbeitsalltag von Menschen, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Neben Altenheim, Kindertagesstätte und Polizei stand im letzten Jahr ein besonderer Arbeitgeber auf dem Plan: Der Frankfurter Flughafen. Auch für einen Nordhessen eine wichtige Erfahrung, denn der Frankfurter Flughafen ist die vielseitigste Arbeitsstätte in unserem Bundesland und aufgrund seiner Große mit 80.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch von überregionaler Bedeutung.

Foto: Fraport AG

Beim Praxistermin auf dem Flughafen Frankfurt

Der Erfolg der Fraport AG basiert auf der harten Arbeit, die die Beschäftigten hier leisten. Diese gute Arbeit müssen wir alle – vor allem aber der Arbeitgeber – achten und würdigen. Deswegen steht die SPD seit jeher an der Seite der Beschäftigten und setzt sich für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen ein. Das Ziel dieser Praxistage ist es immer Anregungen und Wünsche der Beschäftigten mitzunehmen, die in politische Entscheidungen auf Landesebene beziehungsweise kommunaler Ebene einfließen können.

POLITIK VOR ORT

Ortstermin der SPD-Fraktionen Edermünde und Felsberg
für den geplanten Fahrradweg über die Eder
Foto: Privat

Nirgendwo ist die Demokratie in unserem Land so konkret wie in der Kommunalpolitik in den Kommunen und Landkreisen. Auf keiner anderen Ebene sind die Menschen von politischen Entscheidungen so unmittelbar und direkt betroffen.

Aus diesem Grund ist mir meine kommunale Verankerung als Gemeindevetreter in Edermünde und Kreistagsabgeordneter für den Schwalm-Eder-Kreis sehr wichtig, denn als Landtagsabgeordneter berät und beschließt man Gesetze nicht im luftleeren Raum. Jedes Gesetz hat Auswirkungen auf das Leben der Menschen vor Ort.

GÜNTER RUDOLPH

AUSZÜGE AUS DEM PRESSESPIEGEL

HNA 26.10.2017

Sportunterricht fällt oft aus

Viertel der Stunden findet nicht statt – Opposition wirft Landesregierung Versagen vor

Von Nicole Schippers

WIESBADEN. Fehlende Sporthallen und Probleme mit der Organisation: Das sind laut Kultusministerium die Gründe dafür, dass in Hessen immer wieder der Sportunterricht ausfällt. Einem Bericht von hessenschau.de zufolge findet sogar jede vierte Stunde nicht statt. Betroffen seien vor allem Grundschulen. Von 22 700 vorgesehenen Stunden im Schuljahr 2015/2016 seien 5700 ausgefallen. Das gehe aus einem internen Dokument des Kultusministeriums hervor.

Das bezweifelt das Ausmaß, führt die Zahlen auf fehlerhafte Einträge in der Lehrer- und Schülerdatenbank zurück, die als Quelle diene. Lehrermangel sei nicht die Hauptursache für den Ausfall, so Ministeriumssprecher Stefan Löwer. „Von uns bekommen die Schulen die entsprechenden Lehrer zugewiesen. Lehrermangel mag das ein oder andere Mal der Grund sein, ist in der Regel aber nicht das Hauptproblem."

Fehlende Sporthallen

Vielmehr seien die Ausfälle auf fehlende Sporthallen und Probleme bei der Organisation zurückzuführen. Es mache wenig Sinn, wenn Schüler 15 Minuten im Bus säßen, um in eine entfernte Halle zu einer Stunde Schulsport zu fahren. Das wüssten auch die Schulen. Daher falle besonders oft die dritte Stunde Schulsport aus. Sie ist in Hessen bis zum achten Schuljahr Pflicht. Löwer regte an, dass die Schulen die dritte Stunde Schulsport auch alle zwei Wochen als Doppelstunde anbieten könnten.

Von der Opposition hagelt es Kritik. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Günter Rudolph, warf Kultusminister Alexander Lorz (CDU) vor, die Unwahrheit gesagt zu haben. „Mit den Zahlen aus dem internen Papier des Kultusministeriums bricht die Behauptung von Kultusminister Lorz aus dem Juli, dass die Grundunterrichtsversorgung im Schulsport garantiert ist, wie ein Kartenhaus in sich zusammen." Die Situation des Schulsports sei deutlich schlimmer, als Schwarz-Grün dies bisher dargestellt habe. Das Land habe sich die Welt zu lange schön gerechnet, anstatt in Aus- und Fortbildung und in den Sportstättenbau zu investieren.

Günter Rudolph

Wolfgang Greilich, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sagte, es vergehe kaum ein Tag, an dem das Kultusministerium nicht zugeben müsse, dass wieder einmal nicht ausreichend Lehrkräfte vorhanden seien. Er forderte die Landesregierung auf, sofort zu reagieren, um mit den Schulträgern die „unhaltbaren Zustände" zu ändern.

Als „absurd" bezeichnete Gabi Faulhaber (Die Linke) es, dass die CDU-Fraktion im Landtag immer wieder „das Märchen verbreite, hessischen Schulen gehe es so gut wie nie". Für die seit Jahren bestehenden Missstände sei neben der Landesregierung auch die FDP verantwortlich, die in der Vorgängerregierung die Kultusministerin gestellt habe.

Der Landessportbund warf den Schulen vor, den Schulsport oft stiefmütterlich zu behandeln und die dritte Pflichtstunde zur Bewegungsstunde auf dem Schulhof umzuwandeln. Das sei nicht Sinn des Sportunterrichts. (mit dpa)

Foto: dpa

KOMMENTAR

HNA 11.10.2017

Ministerium lehnt Lärmschutz an A 7 ab

Behörde machte Fehler bei Erneuerung der Helterbachtalbrücke

Von Christine Thiery

HESSLAR/MELGERSHAUSEN. Die Chancen für einen A 7-Lärmschutz bei Heßlar und Melgershausen stehen schlecht. Der Hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir lehnt weiteren Lärmschutz ab, obwohl eine neuerliche Lärmberechnung an der Autobahn zwischen Knüllwald und Kassel noch aussteht. Das teilte das Ministerium jetzt auf Anfrage des Landtagsabgeordneten Günter Rudolph (SPD) mit.

Wolfgang Harms, Pressesprecher beim Ministerium, sagte auf HNA-Anfrage, dass die Wohnbebauung zu weit von der Autobahn entfernt sei, sodass die neuen Berechnungen die gesetzlichen Grenzwerte ohnehin nicht überschreiten würden.

Die Bewohner beider Dörfer hatten auf die Errichtung von Lärmschutzwänden gedrängt, weil es seit der Erneuerung der Helterbachtalbrücke im Jahr 2014 beträchtlich lauter geworden sei. Entgegen dem Planfeststellungsverfahren sei dort ein Gussasphalt ohne Lärmsenkung verbaut worden, teilte das Ministerium mit. Dies sei ein Fehler von Hessen Mobil gewesen und auf mangelnde interne Kommunikation zurückzuführen. Dennoch müsse es seit der Erneuerung der Brücke leiser sein als vorher, weil die Fahrbahn abgesenkt, ein Wall gebaut und die Brücke etwas weiter vom Ort abgerückt wurde, heißt es weiter. Einen Austausch des Belags lehnt das Ministerium wegen der hohen Kosten ab. Auch eine Geschwindigkeitsreduzierung würde zu keiner Verbesserung der Situation führen.

Felsbergs Bürgermeister Volker Steinmetz sieht das Verkehrsministerium in der Verantwortung. Die Antwort sei eine Farce. Was im Planfeststellungsverfahren geregelt ist, müsse auch umgesetzt werden. „Ich erwarte einen Lärmschutz, der die Situation so herstellt, als wäre der lärmmindernde Belag eingebaut worden." Hessen Mobil sei dem Ministerium unterstellt und daher müsse das den Fehler beheben.

ZUM TAGE, SEITE 3, HINTERGRUND

HNA 07.09.2017

SPD: Polizei bei Transporten entlasten

SCHWALM-EDER. Die Polizei sollte bei der Begleitung von Schwertransporten durch private Unternehmen endlich spürbar entlastet werden. Das hat der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Rudolph (Edermünde) gefordert.

Alleine im Schwalm-Eder-Kreis seien vom 1. Januar 2014 bis 30. September 2016 1405 Großraum- und Schwertransporte begleitet worden. Dabei seien durchschnittlich 2,75 Beamte über eine Dauer von 1 Stunde 24 Minuten im Einsatz gewesen.

Rudolph: „Die Polizeipräsenz von gut ausgebildeten Polizeibeamten in einem großen Flächenkreis wie dem Schwalm-Eder-Kreis muss gewährleistet sein." Nach Änderungen im Straßenverkehrsrecht, die am 30. Mai 2017 in Kraft getreten sei, könnten nun Verwaltungshelfer Schwertransporte begleiten, wenn im Vorfeld planbare und regelbare Streckenabschnitte mit Standardsituationen vorlägen.

Wichtig seien jetzt weitere Schritte, fordert Rudolph. Leider habe das Bundesverkehrsministerium bislang noch keinen Entwurf für eine Transportbegleitungs-Verordnung vorgelegt. Damit könnte ein Transportbegleiter die Verkehrsregelung vor Ort vornehmen, auch wenn die Situation nicht vorab planbar ist. (hro)

Die drei Auszüge aus dem Pressespiegel sowie vier von 155 Kleinen Anfragen in der bisherigen Wahlperiode geben nur einen sehr kleinen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten und die inhaltliche Arbeit eines Landtagsabgeordneten. Neben den spezifischen Problemen aus dem Schwalm-Eder-Kreis wie zum Beispiel der Lärmschutz an der A7 und der A49 oder der Straßenbau in verschiedenen Kommunen ergeben sich auch aus meiner Tätigkeit als Mitglied im Innen- und im Hauptausschuss weitere Themen wie die Pressemitteilung zum Sportunterricht zeigt.

WENN ES PROBLEME VOR ORT GIBT, SPRECHT MICH BITTE AN.

GÜNTER RUDOLPH

ANFRAGEN / INITIATIVEN

19. Wahlperiode

Drucksache **19/5242**

HESSISCHER LANDTAG

24. 10. 2017

Kleine Anfrage

der Abg. Rudolph, Müller (Schwalmstadt), Dr. Sommer (SPD) vom 08.09.2017

betreffend befristet beschäftigte Lehrkräfte im Schulamtsbezirk Schwalm-Eder-Kreis und Landkreis Waldeck-Frankenberg

und

Antwort

des Kultusministers

Vorbemerkung der Fragesteller:

Eine plausibilisierbare Zahl der befristeten Verträge aus dem vergangenen Schuljahr liegt dem Hessischen Kultusministerium nicht vor. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass bei Vertragsverlängerungen das bisherige Vertragsende im zentralen Erfassungssystem (SAP) überschrieben wird.
Eine Auswertung der Lehrkräftedaten für das laufende Schuljahr liefert keine belastbaren Ergebnisse, da noch nicht alle in diesem Schuljahr beginnenden Verträge eingepflegt sind und voraussichtlich erst Ende 2017 vorliegen werden.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele Personen waren an staatlichen Schulen im Schulamtsbezirk Schwalm-Eder-Kreis und Landkreis Waldeck-Frankenberg im vergangenen Schuljahr in einem befristeten Angestelltenverhältnis beschäftigt? (Bitte aufgeschlüsselt nach hauptberuflich unterrichtenden Lehrkräften, Lehrkräften mit einem nebenamtlichen Gestellungsantrag, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und nach Gesamtvertragsdauer, auch wenn diese in den Ferien unterbrochen wurde)

Die zum Statistikstichtag 1. Oktober 2016 im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Schwalm-Eder-Kreis und den Landkreis Waldeck-Frankenberg (SSA SEWF) im Schuldienst befristet beschäftigten Personen sind der Tabelle 1 zu entnehmen. Da dem Hessischen Kultusministerium keine Informationen zur Vertragsdauer und darüber vorliegen, ob eine Lehrkraft haupt- oder nebenberuflich unterrichtet, können die befristet beschäftigten Lehrkräfte nicht nach diesen Kategorien differenziert werden. Vielmehr werden die befristet beschäftigen Lehrkräfte, mit Ausnahme der Lehrkräfte mit befristetem Gestellungsvertrag, in der Kategorie „Nebenamtliche“ zusammengefasst.

Tabelle 1
Nebenamtlich beschäftigte Personen im SSA SEWF (Stand: 01.10.2016)

Kategorie	Anzahl Personen
Erzieher/-in	2
Gestellungsvertrag nebenamtlich	91
Nebenamtliche	250
Sozialpädagoge/-in	3

Frage 2. Wie viele Arbeitsverträge dieser Lehrkräfte endeten mit Beginn der Sommerferien im Laufe des Juli 2017? (Bitte aufgeschlüsselt wie unter Frage 1.)

Die Vertragslaufzeit der Lehrkräfte liegt dem Hessischen Kultusministerium nicht vor. Die Lehrkräfte, deren Verträge mit Beginn der Sommerferien endeten, werden alternativ als die Gruppe der Lehrkräfte in Frage 1, die am 1. Juli 2017 noch befristet, dagegen im August und

Eingegangen am 31. August 2017 · Bearbeitet am 1. September 2017 · Ausgegeben am 6. September 2017
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

19. Wahlperiode

Drucksache **19/3874**

HESSISCHER LANDTAG

29. 11. 2016

Kleine Anfrage

des Abg. Rudolph (SPD) vom 11.10.2016

betreffend Begleitung von Großraum- und Schwertransporten durch die Polizeidienststellen im Schwalm-Eder-Kreis

und

Antwort

des Ministers des Innern und für Sport

Vorbemerkung des Fragestellers:

Die Zahl der Großraum- und Schwertransporte hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Eine große Anzahl der Transporte wurde durch die Polizei begleitet. Die Polizei in Hessen ist zurzeit hochbelastet. Durch die Begleitung entsteht ein zusätzlicher Arbeitsaufwand, der vermieden werden kann. Da auch die Polizeidienststellen im Schwalm-Eder-Kreis regelmäßig mit der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten betroffen sind, ist eine Entlastung zwingend geboten.

Vorbemerkung des Ministers des Innern und für Sport:

Um den Einsatz von Polizeikräften zur Sicherung von Großraum- und Schwertransporten (GST) zu minimieren, wurde durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIuS) und das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) bereits im Jahr 2014 ein gemeinsamer "Runder Tisch GST" eingerichtet. Neben Vertretern der beiden Ministerien wirkten auch Vertreter deren nachgeordneter Bereiche mit.

Wesentliche Ergebnisse dieses runden Tischs sind

1. die Erweiterung des Verwaltungshelfereinsatzes, zunächst in Form eines hessischen Pilotprojekts, und
2. die Weiterentwicklung der bisherigen Begleitfahrzeuge.

Zu Nr. 1
Die GST-Absicherung nach hinten durch private Begleitunternehmer als Verwaltungshelfer hat sich bewährt. Verwaltungshelfer verfügen jedoch über keine eigene Entscheidungskompetenz. Sie dürfen lediglich vorausgeplante verkehrsbehördliche Anordnungen umsetzen. Beim Einsatz von Verwaltungshelfern tritt an die Stelle der Verkehrsregelung vor Ort durch die Polizei eine im Vorhinein getroffene verkehrsrechtliche Anordnung der zuständigen Straßenverkehrsbehörde.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Verfahrensweise, welches Verkehrszeichen in welcher Situation bzw. an welcher Stelle durch die Verwaltungshelfer zu zeigen ist, wurden bundesweit und ressortübergreifend (unter Beteiligung eines Vertreters des HMdIuS) Regel- bzw. Musterpläne erarbeitet und zwischenzeitlich vom Bundesverkehrsministerium im Verkehrsblatt Nr. 20/2015 veröffentlicht.

Zu Nr. 2
Um die Regelpläne vor Ort umsetzen zu können, reichen die bisherigen Begleitfahrzeuge (BF3) nicht aus. Die neue (vierte) Generation (BF4) kann deutlich mehr Verkehrszeichen darstellen und diese sowohl seitlich als auch nach vorne hin abstrahlen. Dies ist zur Sperrung von Kreuzungen und Einmündungen sowie bei Begegnungsverkehr erforderlich.

Um eine einheitliche Ausstattung zu gewährleisten, wurde von einer Arbeitsgruppe des zuvor genannten "Runden Tischs GST" unter Beteiligung der Fachverbände das neue BF4-Begleitfahrzeug entwickelt. Das Bundesverkehrsministerium hat den hier erarbeiteten Standards zugestimmt, das Merkblatt für die Ausrüstung der privaten Begleitfahrzeuge für GST aktualisiert und im Verkehrsblatt Nr. 12/2015 veröffentlicht.

Die für die Transportbegleitung durch Verwaltungshelfer erforderliche Befugnisnorm wird derzeit im Zuge der Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung geschaffen. Der Verordnungsentwurf soll noch in diesem Jahr in den Bundesrat eingebracht werden.

Eingegangen am 29. November 2016 · Ausgegeben am 2. Dezember 2016
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

19. Wahlperiode

Drucksache **19/5109**

HESSISCHER LANDTAG

31. 08. 2017

Kleine Anfrage

des Abg. Rudolph (SPD) vom 17.07.2017

betreffend Lärmschutzmaßnahmen an der BAB 7 in den Gemarkungen Felsberg-Heßlar und Felsberg-Melgershausen

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

Immer wieder gibt es von den Anwohnern der betroffenen Stadtteile Felsberg-Heßlar und Felsberg-Melgershausen Beschwerden über zunehmende Beeinträchtigungen entlang der BAB 7 in den Gemarkungen Felsberg-Heßlar und Felsberg-Melgershausen durch den dort eingebauten Fahrbahnbelag im Zusammenhang mit dem Neubau der Helterbachtalbrücke.Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wurde im Zuge des Neubaus der Helterbachtalbrücke in dem oben beschriebenen Bauabschnitt ein lärmmindernder Belag eingebaut?
Wenn nein, warum nicht?

Frage 2. Gibt es im Planfeststellungsbeschluss vom 1. März 2010 Vorgaben hinsichtlich des Aufbringens von lärmminderndem Straßenbelag?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

In der festgestellten Planunterlage "Ergebnisse schalltechnischer Untersuchungen" des Planfeststellungsbeschlusses für den Neubau der Talbrücke Helterbach vom 01.03.2010 ist bestimmt, dass als Deckschicht außer auf dem Brückenbauwerk eine lärmmindernde Straßenoberfläche mit dem Korrekturwert D_{StrO} = - 2 dB(A) vorgesehen ist. Für die Helterbachbrücke ist keine lärmmindernde Deckschicht vorgesehen.

Hessen Mobil hat es leider versäumt, bei der Bauvorbereitung bzw. -ausführung sowie bei der Auftragsvergabe im Jahre 2012 die entsprechende Maßgabe im Planfeststellungsbeschluss vom 01.03.2010 umzusetzen.

In dem betreffenden Bauabschnitt wurde - im Gegensatz zu den Festlegungen in der festgestellten Planunterlage - ein herkömmlicher Gussasphalt ohne lärmmindernde Wirkung verbaut. Dieses Versäumnis ist auf einen internen Kommunikationsfehler bei Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement zurückzuführen.

Nach Bekanntwerden des Fehlers hat die Landesregierung umgehend durch entsprechende organisatorische Maßnahmen veranlasst, dass die Prozessabläufe bei Hessen Mobil optimiert werden, damit sich derartige Fehler nicht wiederholen.

Frage 3. Wenn kein lärmmindernder Fahrbahnbelag aufgebracht wurde, welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Bewohner der betroffenen Stadtteile vor den starken Lärmbeeinträchtigungen zu schützen?

Der Einbau des Gussasphalts in herkömmlicher Bauweise in dem betreffenden Streckenabschnitt der A 7 führt zu keiner Erhöhung der Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner von Felsberg im Vergleich zur Situation vor der Baumaßnahme. Dies liegt darin begründet, dass sich durch die Neubaumaßnahme - trotz Einbaus eines Gussasphalts - die Lärmsituation gegenüber dem bisherigen Zustand wegen der Gradientenabsenkung der A 7 und der Modellierung eines Walls sowie der Abrückung des Brückenbauwerks verbessert hat.

Ein Austausch des im Jahr 2014 verbauten Fahrbahnbelags, also die Herstellung des planfeststellungskonformen Zustands, wäre mit sehr hohen Kosten verbunden. Hiervon ausgehend kommt unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten der nachträgliche Einbau eines Fahrbahnbelags mit einer lärmmindernden Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht in Betracht.

Darüber hinaus hat die Landesregierung prüfen lassen, ob alternative Oberflächenbehandlungen als nachträgliche Maßnahmen in Frage kommen, um den angegebenen Korrekturwert von -2 dB(A) zu erzielen. Diese Wirkung ist leider aus technischen Gründen nicht erreichbar und daher als Lösungsansatz auszuschließen.

Schließlich kommen auch weitere Maßnahmen im Rahmen der Lärmsanierung nicht in Betracht, da die maßgeblichen Auslösewerte in Felsberg deutlich unterschritten werden.

Frage 4. Falls der Planfeststellungsbeschluss vom 1. März 2010 nicht korrekt umgesetzt wurde, wer trägt die Verantwortung und werden ggf. Schadensersatzansprüche geltend gemacht?

Nach § 4 Bundesfernstraßengesetz hat der Straßenbaulastträger dafür einzustehen, dass seine Bauten allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Behördlicher Genehmigungen, Erlaubnisse und Abnahmen durch andere als die Straßenbaubehörden bedarf es nicht.

Da der Fehler im Verantwortungsbereich von Hessen Mobil liegt und nicht dem beauftragten Bauunternehmen zuzurechnen ist, scheiden Schadensersatzansprüche insoweit aus.

Wiesbaden, 24. August 2017

Tarek Al-Wazir

GÜNTER RUDOLPH

19. Wahlperiode D

HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage
des Abg. Rudolph (SPD) vom 29.11.2017

betreffend schlechter Straßenzustand und Lärmbelastungen für die Anwohner an der B 487 im Bereich der Gemarkung Melsungen-Adelshausen

und

Antwort
des Ministers für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

Nach einem Zeitungsbericht der "HessischNiedersächsichenAllgemeinen" vom 23. November 2017 - Ausgabe Melsungen - führen Anwohner Beschwerden über Lärmbelästigung über das hohe Verkehrsaufkommen in der Ortsdurchfahrt der B 487 in der Gemarkung Melsungen-Adelshausen. Wegen der Sanierung der Melsunger Ortsdurchfahrt fließt besonders viel Verkehr durch Adelshausen. Dieser Zustand wird noch zwei weitere Jahre andauern. Der Straßenbelag sei ohnehin in einem schlechten Zustand. Es wird befürchtet, dass durch den Umleitungsverkehr der Straßenbelag weiter erheblich verschlechtert. Aber auch die Lärmbelästigung macht den Anwohnern zu schaffen.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Ist der Hessischen Landesregierung die Verkehrssituation im Bereich der Ortsdurchfahrt der B 487 im Bereich der Gemarkung Melsungen-Adelshausen bekannt?

Der Zustand und die Verkehrssituation der B 487 in der Ortsdurchfahrt Melsungen Adelshausen sind der Hessischen Landesregierung bekannt.

Frage 2. Falls ja, welche Maßnahmen will die Hessische Landesregierung ergreifen, um den Verkehrszustand der B 487 zu verbessern?

Hessen Mobil plant bereits eine grundhafte Erneuerung der B 487, die auch die Ortsdurchfahrt Melsungen-Adelshausen beinhaltet. Der Umsetzungszeitpunkt ist allerdings abhängig von weiteren Sanierungsprojekten an der L 3147 und der L 3225, da die B 487 in diesem Bereich als Umleitungsstrecke dienen wird.

Bis zur grundhaften Fahrbahnerneuerung wird Hessen Mobil für einen verkehrssicheren Zustand der Ortsdurchfahrt Sorge tragen.

Frage 3. Welche weiteren Maßnahmen plant die Hessische Landesregierung, damit die Anwohner von Melsungen-Adelshausen nicht über Gebühr mit Lärmbelästigung durch den Fahrzeugverkehr belastet werden?

Frage 4. Ist die Hessische Landesregierung auch bereit, hierzu Geschwindigkeitsreduzierungen innerhalb der Ortsdurchfahrt auf Tempo 30 km anzuordnen?

Die Fragen 3 und 4 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zur Beurteilung, ob die Tatbestandsvoraussetzungen für die Anordnung von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen aus Gründen des Lärmschutzes erfüllt sind, ist die Vorlage einer Lärmberechnung durch den Straßenbaulastträger unter Zugrundelegung aktueller Verkehrszahlen erforderlich. Auf Veranlassung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat Hessen Mobil mit der Erstellung einer entsprechenden Lärmberechnung für die B 487 im Bereich Melsungen-Adelshausen bereits begonnen. Mit den Ergebnissen der betreffenden schalltechnischen Untersuchung ist im Februar 2018 zu rechnen.

Eingegangen am 10. Januar 2018 · Bearbeitet am 11. Januar 2018 · Ausgegeben am 12. Januar 2018
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Bei Überschreiten der maßgeblichen Richtwerte der "Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm" (Lärmschutz-Richtlinien-StV) des Bundes hat der Landrat des Schwalm-Eder-Kreises als zuständige Straßenverkehrsbehörde eine Ermessensentscheidung zu treffen, ob verkehrsbeschränkende Maßnahmen aus Lärmschutzgründen angeordnet werden. Hierbei kann auch eine innerörtliche Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h als mögliche Lärm mindernde Maßnahme in den Blick genommen werden. Die Landesregierung hält die zuständigen Straßenverkehrsbehörden über den vorliegenden Einzelfall hinaus an, die bestehenden rechtlichen Spielräume auszunutzen und den gewichtigen Belang des Lärmschutzes der betroffenen Wohnbevölkerung bei ihrer Entscheidung über verkehrsbeschränkende Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.

Ob bzw. inwieweit Maßnahmen der Lärmsanierung auf haushaltsrechtlicher Grundlage für die B 487 als Bestandsstraße in Betracht kommen, hängt ebenfalls von den Ergebnissen der schalltechnischen Untersuchung ab. Die Auslösewerte der Lärmsanierung für Straßen in der Baulast des Bundes sind für Wohngebiete um 3 dB(A) niedriger als die Richtwerte der Lärmschutz-Richtlinien-StV.

Wiesbaden, 4. Januar 2018

Tarek Al-Wazir

19. Wahlperiode Drucksache 19/ 5706
01.12.17

HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

des Abg. Rudolph (SPD)

betreffend stufenfreie und barrierefreie Bahnhöfe im Schwalm-Eder-Kreis

Vorbemerkung des Fragestellers:

Laut der Allianz pro Schiene sind mittlerweile fast 80 Prozent der deutschen Bahnhöfe stufenfrei. In Hessen sind allerdings nur 66 Prozent der 429 Bahnhöfe stufenfrei. Hessen schafft es mit diesem Wert nur auf Platz 15 der 16 Bundesländer. Stufenfreie Bahnhöfe nutzen Menschen mit Behinderungen, Müttern oder Vätern mit Kinderwagen, Fahrradfahrern, Reisenden mit schwerem Gepäck und älteren Reisenden, so die Allianz pro Schiene.

Laut der Deutschen Bahn umfasst Barrierefreiheit an Bahnstationen darüber hinaus eine Vielzahl von Aspekten der Informationen, des Service und der baulichen Gestaltung des Bahnhofes. Im Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz - BGG) § 4 *Barrierefreiheit* heißt es: „Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Hierbei ist die Nutzung behinderungsbedingt notwendiger Hilfsmittel zulässig."

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe sprechen für das schlechte Abschneiden Hessens bei stufenfreien Bahnhöfen? Wie viele Bahnhöfe im Schwalm-Eder-Kreis gibt es und wie viele sind stufenfrei oder barrierefrei?
2. Was wurde bisher investiert und von welcher Ebene, um die Bahnhöfe im Schwalm-Eder-Kreis stufenfrei oder barrierefrei zu machen? Bitte für jeden Bahnhof einzeln darstellen in Bezug auf Stufenfreiheit und Barrierefreiheit.
3. Was wird die Landesregierung in den kommenden Jahren unternehmen, um den Nachholbedarf im Schwalm-Eder-Kreis zu bewerkstelligen?
4. Welche Aufgaben hat die Bundesebene, welche die Landesebene und welche die Standortkommunen, um Bahnhöfe stufenfrei und barrierefrei zu machen?
5. Sind Entlastungen für die Standortkommunen geplant, die sich an der Finanzierung beteiligen und wie sollen diese erfolgen?
6. Bis wann soll für alle Bahnhöfe im Schwalm-Eder-Kreis die Barrierefreiheit hergestellt werden?
7. Ist eine Änderung der Rahmenvereinbarung Hessen zur Modernisierung der Bahnhöfe erforderlich, um das Ziel der vollständigen Barrierefreiheit der hessischen Bahnhöfe zu erreichen?
8. Was kann das Land tun, um die Barrierefreiheit an hessischen Bahnhöfen schneller umzusetzen?

Wiesbaden, 01. Dezember 2017

Rudolph